daraus, daß die Hauptverhandlung Erziehungsaufgaben zu erfüllen hat, und schließlich aus dem Recht des *Angeklagten* auf aktive Mitwirkung am gesamten Strafverfahren. Ohne den Angeklagten darf die Hauptverhandlung nicht begonnen werden; es sei denn, es handelt sich um eine Hauptverhandlung gegen Flüchtige.

Der Angeklagte hat kein Recht, sich aus der Hauptverhandlung zu entfernen. Ist das zu befürchten, kann der Vorsitzende den Angeklagten (insbesondere während einer Unterbrechung der Verhandlung) in Gewahrsam halten lassen (§ 216 Abs. 1). Hat sich der Angeklagte entfernt, muß das Gericht die Hauptverhandlung für die Zeit der Abwesenheit des Angeklagten unterbrechen. Damit der Angeklagte durch sein eigenmächtiges Fernbleiben die Weiterführung der Hauptverhandlung nicht vereiteln und somit seine Heranziehung zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht erschweren kann, sieht das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen die Fortsetzung der Hauptverhandlung ohne den Angeklagten vor. Gesetzliche Voraussetzung für die Fortsetzung der Hauptverhandlung ist, daß das Gericht den Angeklagten in der Hauptverhandlung zur Person und zur Sache bereits vernommen hat und außerdem seine Anwesenheit (im Hinblick auf die Wahrheitsfeststellung und die Wahrung des Rechts auf Verteidigung) nicht mehr für erforderlich hält (§ 216 Abs. 3). Stets bleibt jedoch das Gericht befugt, das persönliche Erscheinen des Angeklagten anzuordnen oder seine Vorführung (§48) zu erzwingen.

Eine zeitweilige Ausschließung des Angeklagten von der Hauptverhandlung gestattet das Gesetz nur,

- wenn zu befürchten ist, daß ein Mitangeklagter oder ein Zeuge bei seiner Vernehmung in Anwesenheit des Angeklagten nicht die Wahrheit sagen werde (§ 231 Abs. 1),
- bei ordnungswidrigem Benehmen des Angeklagten § 231 (Abs. 2),
- wenn angesichts der Vernehmung von Mitangeklagten und Zeugen oder durch andere Beweiserhebungen in Gegenwart eines jugendlichen Angeklagten Nachteile für dessen Erziehung zu befürchten sind (§ 232 Abs. 1).

In diesen Fällen muß der Angeklagte nach Rückkehr von seiner zeitweiligen Ausschließung darüber unterrichtet werden, was während seiner Abwesenheit verhandelt worden ist, damit er seine Verteidigung darauf einstellen kann.

Ist eine Verteidigung notwendig vorgeschrieben (§ 63 Abs. 1 und 2, § 72), gehört der bestellte oder gewählte *Verteidiger* zu den Beteiligten, deren ununterbrochene Anwesenheit in der Hauptverhandlung erforderlich ist. Bleibt in den genannten Strafverfahren der bestellte oder gewählte Verteidiger völlig oder teilweise von der Hauptverhandlung fern oder hat er die Verteidigung niedergelegt, so hat das Gericht sogleich einen anderen Verteidiger zu bestellen. Um die Verteidigung zu gewährleisten, hat das Gericht in diesen Fällen auf Antrag des Angeklagten oder des neu bestellten Verteidigers die Anberaumung eines neuen Termins zur Haupt Verhandlung oder deren Unterbrechung zu beschließen (§ 65 Abs. 1).

Liegt kein Fall der notwendigen Verteidigung vor, so hat das Gericht beim vorübergehenden oder völligen Fernbleiben des gewählten Verteidigers, oder wenn dieser die Verteidigung niederlegt, auf Antrag des Angeklagten zu prüfen, ob die Anberaumung eines neuen Termins zur Haupt Verhandlung oder die Unterbrechung der Hauptverhandlung zur Gewährleistung des Rechts auf Verteidigung geboten ist (§ 65 Abs. 2).

In der Hauptverhandlung können auch mehrere Verteidiger mitwirken (§ 215).

Für den *Beistand* des jugendlichen Angeklagten (§ 72 Abs. 3) gilt hinsichtlich seiner Anwesenheit in der Hauptverhandlung das gleiche wie für den bestellten Verteidiger.

Das Mitwirkungsrecht *des Geschädigten* und des ihm gleichgestellten *Rechtsträgers sozialistischen Eigentums, auf den kraft Gesetzes oder Vertrages Schadenersatzansprüche des Geschädigten übergegangen sind*, schließt das Recht auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung ein. Jedoch gehören sie nicht zu den Beteiligten, deren ununterbrochene Anwesenheit in der Hauptverhandlung vom Gesetz gefordert wird.

Ist der Geschädigte zugleich Zeuge, so darf er bis zu seiner Vernehmung während der gerichtlichen Beweisaufnahme nicht anwesend sein. In diesem Fall hat das Gericht